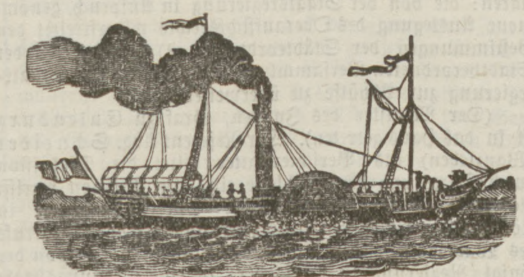
Danziger Dampfboot.

№ 81.

Mittwoch, den 5. April.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, Mittwoch 5. April.

Angekommen in Danzig 2 Uhr 40 Min. Nachmittags.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legt der Kriegsminister einen Gesetzentwurf, betreffend außerordentliche Geldbewilligungen für die Marine vor. Das Bedürfniß der Marine-Erweiterung ist überall anerkannt. Für die nächsten 6 Jahre sind 19 Millionen erforderlich, wovon 10 Mill. mittelst Anleihe zu beschaffen sind. Eine vollständige Ausführung des Flottenplanes ist von den Finanzverhältnissen abhängig. Die Vorlage bezwecke nur die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse an Hafenbauten und Kriegsschiffe-Beschaffung. Preußen habe jetzt einen Hafen und sei entschlossen, im Besitze desselben zu bleiben. Die Regierung werde an der preußischen Ostseeküste keinen Hafen bauen, aber zu den Befestigungen Kiel's und an der Jahdemündung seien die geforderten Summen nöthig. Das aus 4 Paragraphen bestehende Gesetz mit Motiven über den Flottengründungsplan wird einer besondern Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. Der Entwurf wird verlesen. Panzerfregatten sind zunächst zu beschaffen. Die Anleihe ist von 1872 ab jährlich mindestens einprozentig zu tilgen.

Stuttgart, Dienstag 4. April.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde über Fetzers Antrag, ein auf allgemeiner Dienstpflicht beruhendes Wehrsystem behufs Wehrhaftmachung des ganzen Volkes herzustellen, mit 45 gegen 41 Stimmen die Tagesordnung beschlossen. Dagegen wurde mit 74 gegen 11 Stimmen die Förderung militairisch organisirter Jugendwehren der Regierung anempfohlen.

In der heutigen Sitzung der Kammer der Standesherren wurde der Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Lasten mit 22 gegen 6 Stimmen ohne Debatte angenommen.

Kassel, Dienstag 4. April.

In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde über das von der Regierung vorgelegte Wahlgesetz berathen. Der Ausschuß hat einfache Ablehnung beantragt. Die ritterschaftlichen Abgeordneten v. Trott, v. Keudell und v. Münchhausen sprachen für den Regierungsentwurf, die Abgeordneten Trabert, Oetker II., Falkenheiner, Helwig, Henkel, Wippermann, v. Bischofshausen für den Antrag des Ausschusses. Löbell sprach sich für eine besondere Vertretung der Universität, im Uebrigen für den Antrag des Ausschusses aus. Dies Amendement wurde mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Landtagscommissar erklärte Namens der Regierung, daß eine Aenderung des Wahlgesetzes von 1849 durch das Bundesrecht geboten sei und daß die Regierung die Annahme der Vorlage als fundamentale Grundlage für ein versöhnliches Zusammenwirken mit den Ständen halte. Der Regierungsentwurf wurde mit allen gegen 7 Stimmen ritterschaftlicher Abgeordneten abgelehnt.

Wien, Dienstag 4. April.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von Seiten des Handelsministeriums der Entwurf des neuen Zolltarifs sammt Einführungsgesetz und Vollzugsschrift vorgelegt. Darauf wurde das Budget für Unterricht so wie für den Unterrichtsrath nach Anträgen des Finanzausschusses erledigt.

Turin, Dienstag 4. April

In der Kammer ist die Vorlage eines Gesetzes über den Bau mehrerer Panzerschiffe eingebracht worden.

Paris, Dienstag 4. April.

Der „Moniteur meldet: Karam hat sich in Folge des Einvernehmens zwischen dem Patriarchen und Dand Pascha unterworfen.

Madrid, Dienstag 4. April.

Die „Epoca" meldet: Zwischen Narvaez und dem päpstlichen Nuntius hat eine Konferenz über die italienische Frage stattgefunden. Narvaez erklärte in derselben: Spanden respectire die Rechte des Papstes, es sei aber eine versöhnliche Politik nothwendig.

London, Dienstag 4. April.

Den mit dem Dampfer „Peruvian" aus New-York vom 25. v. M. überbrachten Nachrichten zufolge, meldete der General der Konföderirten, Johnstone, daß er Sherman bei Bentonville angegriffen, geschlagen und demselben drei Kanonen abgenommen habe. Sherman sammelte seine Truppen wieder und blieb in befestigter Position vor General Johnstone stehen.

Nach Mittheilungen der südstaatlichen Blätter hätte der General der Konföderirten, Hardee, am 16. v. Mts. bei Averysboro (auf halbem Wege zwischen Raleigh und Fayetteville) einen Sieg über die Unionstruppen davongetragen; die letzteren hätten einen Verlust von 3000 Mann erlitten.

Es war das Gerücht verbreitet, daß Sherman Goldsboro besetzt hätte; nach einem andern Gerüchte hätten die Truppen der Union Mobile genommen.

Petersburg, Dienstag 4. April.

Die amtliche „Nordische Post" weist die von Wiener Blättern gebrachten Gerüchte über die angeblich in Sibirien ausgebrochene Pest zurück. Der herrschende Typhus sei im Abnehmen begriffen. Es sei daher nicht nöthig, neue Hospitäler zu errichten.

Schleswig-Holsteins Angelegenheit.

Wie gut es ist, daß die Geschichte den Gang bedeutender Entwickelungen gelegentlich durch heitere Intermezzos unterbricht — dafür hat in diesen Tagen der Antrag, welcher von der bayerischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Sache beim Bunde gestellt worden ist, wieder ein Zeugniß abgelegt! Die schleswig-holsteinische Sache begann dem größeren Publikum allgemach ein wenig langweilig zu werden; man hatte nach dem Abzug der Bundestruppen aus Holstein sich an den Gedanken gewöhnt, das preußische Spiel in den Herzogthümern als in der Hauptsache gewonnen zu betrachten, und erwartete von der weiteren Entwickelung eben nur weitere natürliche Stadien auf dem Wege zum Ziel preußischer Wünsche. Plötzlich hat das Telegramm, welches dem erstaunten Europa die Kunde von dem Vorgehen Bayerns am Bunde bringt, wieder „Leben in die Bude" gebracht. Die Herren von der Pfordten und von Beust erscheinen wieder in der Arena der Action und zwar mit keinem geringeren Programm, als den wenigstens in den Acten der schleswig-holsteinischen Frage seit geraumer Zeit gänzlich verschollenen Bundestag zu neuem Leben zu galvanisiren und zu Beschlüssen anzureizen, durch welche der nordalbingische Conflict in majorem gloriam der Staatsmänner von München und Dresden zum Abschluß gebracht werden soll. Wäre nicht dieser preußisch-sächsische Antrag zu gleicher Zeit eine so traurige Illustration der Zerfahrenheit deutscher Zustände — es läge etwas bezaubernd Komisches in ihm, er würde der blutigen Entwickelung der schleswig-holsteinischen Frage gegenüber freundlich die Rolle des Satyrspiels übernehmen, durch welches die Alten, nachdem sie in den ernsten Gang der Tragödie sich vertieft hatten, auch dem Humor sein Recht gaben.

Also der Erbprinz von Augustenburg soll durch Beschluß der Bundesversammlung in die Regierung von Holstein eingesetzt werden. Die geheimnißvolle Bombe ist endlich geplatzt, und die Herzogthümer kennen nun die Signatur ihrer Zukunft. In Frankfurt werden in wenigen Tagen die Würfel fallen, und da die Herren v. d. Pfordten und v. Beust anzunehmen scheinen, daß ihrem Antrage die Mehrheit am Bunde gesichert ist, so wird der General Herwarth v. Bittenfeld gut thun, sich zeitig nach einem andern Quartier jenseits der Elbe umzusehen.

Es ist kein angenehmer Anblick, wenn Menschen ihre Kraft zur Schau stellen und mit dem Säbel, der große Thaten gethan hat, rasseln; allein ein viel weniger anziehendes Schauspiel ist die Schaustellung der eigenen Schwäche. Nichts aber als eine solche Schaustellung der eigenen Schwäche ist es, wenn Staatsmänner, deren Action vor dem Tode des dänischen Königs sich darauf beschränkt hat, die schleswig-holsteinische Sache so gründlich zu verfahren, daß auch der frischeste Muth an einer glücklichen Erledigung derselben durch den Bund verzweifeln mußte, und welche nach dem Einbruch der Katastrophe folgerecht die Arbeit, die Gefahr und die Opfer bereitwillig Andern überlassen haben, sich jetzt in die Initiative gegen vollendete Thatsachen werfen, und sich den Anschein geben, als stehe der Erfolg eines von Preußen und Oesterreich siegreich geführten Krieges zu ihrer Verfügung. Falstaff über der Leiche Percys!

Man verblendet sich, wenn man heutzutage einer Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg durch den Bundestag im Ernst das Wort reden will, gegen eine Reihe von Thatsachen, welche einem Jeden, der die politische Situation unbefangen betrachtet, sofort ins Auge springen müssen. Man täuscht sich zunächst über die Ausführbarkeit eines solchen Beschlusses insofern man die inzwischen von Preußen in den Herzogthümern gewonnene unbedingt dominirende Stellung nicht würdigt, und nicht bedenkt, daß der preußische Staatsmann, der dem Bunde schon am 14. Jan. v. J. erklären ließ, daß er sich an seine Beschlüsse nicht kehren werde, heute noch viel weniger Notiz von denselben nehmen wird. Man täuscht sich sodann über das moralische Fundament der Sache, welche man vertritt; denn die Zeiten, in welchen die Rechtmäßigkeit der Augustenburger Erbfolge für das deutsche Volk ein Dogma war, sind vorüber; und die inzwischen aufgetretenen Bestreitungen ihrer Fundamentalsätze haben sie im unbefangenen Publiknm wenigstens soweit zu erschüttern vermocht, daß von einer Präsumtion für ihre Begründung auf die ganzen Herzogthümer nicht mehr die Rede sein kann. Ohnehin liegt das Material für ein endgültiges Urtheil in der Erbfolgefrage dem Bunde seit fünf Monaten vor, und dasselbe könnte, da es doch jedenfalls wünschenswerth wäre, dem Herzogthum Holstein die staatsrechtliche Anomalie eines provisorischen Souveräns zu ersparen, füglich schon zur Reife gebracht sein, wenn überhaupt der Bund es von sich und die Welt es vom Bunde noch erwartete. Man täuscht sich endlich, wenn man glaubt, den Herzogthümern durch einen solchen Antrag einen Dienst zu erweisen; denn da die Competenz des

Bundes unter allen Umständen nicht über die Eider hinausreicht, würde die erste Folge der Ausführung des Bundesbeschlusses die Wiederaufhebung der so eben wieder hergestellten Vereinigung der beiden Herzogthümer sein müssen, und das „Up ewig ungedeelt“ würde von Neuem in das Reich patriotischer Träume oder geschichtlicher Reminiscenzen verwiesen werden. Eine solche Umkehr hält unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen wohl Niemand in Deutschland für möglich. Es ist also in der Lage der Dinge genügend dafür gesorgt, daß der Anachronismus des bayerischen Antrages sich nicht über die Bedeutung einer impotenten Demonstration erheben wird. Wird er abgelehnt, so wird er mit den Protocollen der Bundesversammlung einer harmlosen Vergessenheit übergeben werden. Gelingt es ihm, eine Mehrheit für sich zu erzielen — von der wir übrigens nicht einmal wissen, ob sie den Antragstellern selbst erwünscht sein würde, — so wird er die Anzahl der Bundesbeschlüsse, über welche die Ereignisse hinweggeschritten sind, ohne von ihnen Act zu nehmen, um eine Nummer vermehren. Eine unbeneidete Mission im einen wie im anderen Falle!

Der politische Verstand des deutschen Volkes wird für den moralischen Werth der bayerisch-sächsischen Action wahrscheinlich noch ein anderes Kriterium bereit halten. Man ist in Deutschland gründlich von den Visionen der Periode bekehrt, in der man die nichts weniger als populären Antecedentien der Herren v. Beust und von der Pfordten mit dem Mantel der Liebe bedeckte und ihre Namen komisch genug in die patriotischen Toaste der Schützen- und Turnvereine verwebte, und man wird heute dem sächsischen Faiseur des bayerischen Antrags, der jetzt in den Gang der deutschen Geschicke einzugreifen wagt, nachdem er soeben auf das deutliche Anschlagen einer rheinbündlerischen Note eine französische Abfertigung sich zugezogen hat, schwerlich das Vertrauen entgegentragen, daß er etwas wolle, was Deutschland und den Herzogthümern frommt. Der bayerische Antrag ist weder aus Sympathie für die Sache der Herzogthümer noch für diejenige des Erbprinzen von Augustenburg, der übrigens schwerlich gut berathen gewesen ist, als man ihm empfahl seine Sache auf Würzburg zu stellen, entsprungen, sondern er ist aus dem Bestreben hervorgegangen den Abschluß der schleswig-holsteinischen Frage dahin zu wenden, daß im Norden der Elbe eine neue Feste particularistischer Kleinstaaterei geschaffen werde, welche dann dem Lager der Trias einen schätzbaren Verbündeten für die Perpetuirung der Zustände, deren sich das deutsche Volk unter bayerisch-sächsischer Bundesmajorität lange genug zu erfreuen gehabt hat, zuführen soll. So träumt man von deutscher Zukunft in München und Dresden!

Von einer mittelstaatlichen Illusion zu einer mittelstaatlichen That ist indessen bekanntlich ein weiter Weg. Man ließ sich in der Ruhe des Frankfurter Stilllebens nicht stören, als die dänische Regierung ohne Kriegserklärung deutsche Schiffe auf offener See wegnehmen ließ, man faßt häusliche Zwistigkeiten herkömmlich zwar etwas ernster auf, und wird sich deshalb in Worten vielleicht etwas mehr ereifern, wenn Preußen dem Bundesbeschluß einfach den Gehorsam versagen wird. Aber an eine That denkt man heute so wenig wie vor einigen Monaten, als die sächsischen Truppen vor dem Stirnrunzeln des Herrn v. Bismarck den Boden von Holstein räumen mußten. An ein solches Wagniß denkt weder Bayern noch Sachsen, weder die thatendurstige schwäbische Kammer, noch der schleswig-holsteinische Verein in Erlangen. Man könnte fragen und wir glauben, daß die ganze Welt so fragt: Weshalb dann Demonstrationen gegen vollendete Thatsachen? Weshalb demonstriren, wenn man dadurch eine Erörterung hervorruft, welche nach keiner Seite hin auch nur einen moralischen Erfolg in Aussicht stellt, sondern lediglich dazu angethan ist auf die eigene Politik sehr wenig schmeichelhafte Schlaglichter zu werfen? Wir überlassen die Beantwortung dieser Frage den Staatsmännern von München und Dresden, da wir bedenken müssen, daß uns der Schlüssel dafür fehlt. In der Politik aber — das wissen wir — ist eine gefährliche Klippe die Lächerlichkeit, und ein Staatsmann der mit seiner Action auf das Gebiet der unfreiwilligen Komik geräth, ist oft übler daran als einer, der sich unter wirklichen Schlägen zu beugen hat.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

33. Sitzung am 4. April.

Die heutige Sitzung, welcher bei Eröffnung die Minister v. Mühler und v. Selchow und 5 Regierungs-Commissare beiwohnten, wurde vom Präsidenten Grabow mit geschäftlichen Mittheilungen von keinem allgemeinen Interesse eröffnet, dann tritt das Haus in die Tagesordnung; der erste Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Berathung des Berichts der Kommission für Agrarverhältnisse über den Gesetzentwurf, betreffend die Regulirung der schlesischen Zehnt-Verfassung. Ohne Diskussion werden die einzelnen Paragraphen und das ganze Gesetz mit allen gegen zwei Stimmen (von der katholischen Fraktion) angenommen.

Es folgt die Berathung der Petition der Stadtverordneten-Versammlung zu Königsberg i. Pr., welche „über den Mißbrauch des Oberaufsichtsrechts Seitens der königl. Regierung zu Königsberg“ Beschwerde führt. Die Commission empfiehlt: die Petition an die Staatsregierung zur Abhülfe zu überweisen.

Seitens des Abg. Dr. Kosch ist der Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen 1) zu erklären: die von der Staatsregierung in Anspruch genommene Auslegung des Oberaufsichtsrechts widerstreitet den Bestimmungen der Städteordnung, 2) die Petition der Stadtverordneten-Versammlung zu Königsberg der Staatsregierung zur Abhülfe zu überweisen.“

(Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg ist in das Haus getreten). Der Referent Abg. Schneider (Wanzleben) als Berichterstatter leitet die Diskussion durch Darlegung der Sachlage ein. Die Petition betrifft die bekannte Angelegenheit des Stadtrath Weller in Königsberg, der wegen Unterzeichnung der Wahl-Aufrufe des Wahlcomite's der deutschen Fortschrittspartei von der königl. Regierung zu Königsberg in eine Ordnungsstrafe von 10 Thlr. genommen worden. Gleichzeitig hatte die Regierung zu Königsberg ausgesprochen, daß der ꝛc. Weller durch die Veröffentlichung jener Wahl-Aufrufe die Pflichten, welche ihm sein Amt als Stadtrath auferlege, verletzt und dadurch die Achtung, das Ansehen und Vertrauen, das sein Amt erfordere, erheblich beeinträchtigt habe. Der Referent giebt eine ausführliche Darlegung der Sachlage. Gleichzeitig werden mit dieser Berathung die Petitionen des Magistrats zu Königsberg i. Pr. und der Rechtsanwalte Woldänke und Justiz-Rath Reich in Wehlau und Podlech in Bartenstein wegen der Theilnahme der Rechtsanwalte an den Gemeindeämtern verbunden, für welche die Commission ebenfalls Ueberweisung an die Staatsregierung beantragt. Der Referent hebt schließlich hervor, daß es bedauernswerth ist, daß die Regierung zu Königsberg von blindem Parteieifer sich verleiten ließ, auf leere Verdächtigungen der Ostpreußischen Zeitung hin, einen Vorwurf über eine allgemein geachtete Versammlung auszusprechen.

Abg. Dr. Kosch: Ich halte es für sehr zweckmäßig, daß alle drei Petitionen bei der Berathung miteinander verbunden sind. Nachdem die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung vor Jahren in pejus reformirt worden ist, legt man jetzt die Hand an die Selbstständigkeit der Gemeinden, um sie zu vernichten! Der Stadtrath Weller legte wie es ganz correct war, der Stadtverordneten-Versammlung das Schreiben der Regierung vor und fragte sie, ob er noch ferner ihr Vertrauen besitze; hätte er das nicht gethan, und vielleicht sein Mandat niedergelegt, um sich einer Neuwahl zu unterwerfen; dann hätte er darauf rechnen können, von der Regierung nicht bestätigt zu werden; und da er ein um die Interessen der Commune besorgter Mann war, mußte er sich der städtischen Verwaltung zu erhalten suchen. Wenn aber der Stadtverordneten-Vorsteher Dickert deshalb, weil er diese Frage des Stadtrath Weller zugelassen, von dem Regierungs-Präsidenten Schrader einen Verweis erhalten, so war derselbe ungerecht; denn der Stadtverordneten-Vorsteher Dickert mußte das gestatten; hätte er es nicht gethan, so wäre er nicht der Vorsteher, sondern der Polizei-Meister der Stadtverordneten-Versammlung gewesen. Das alles ist doch wirklich die tollste Polizei-Wirthschaft, die je in Preußen existirt hat. Der Herr Minister des Innern hat nun gesagt, daß er ein Feind aller Polizei-Wirthschaft sei und ich will mich deshalb etwas feiner ausdrücken: es ist eine Präfecten-Wirthschaft. Redner empfiehlt schließlich die Annahme seiner Anträge.

Abg. Dr. Möller: Die Veranlassung zu der Debatte scheint geringfügig, und dennoch ist sie von großer Wichtigkeit. Der Stadtverordneten-Vorsteher Dickert war verpflichtet, jene außerordentliche Versammlung anzuberaumen, denn 25 Mitglieder derselben hatten dieselbe beantragt. Die Debatten in jener Versammlung sind durchaus in den Schranken der Befugniß der Versammlung geblieben. Jener Bericht in der „Ostpreuß. Zeitung“ ist ein denunciatorischer von einem übelberufenen Menschen, einem zweiten Lindenberg verfaßt. Wäre irgend etwas Ungehöriges vorgekommen, so würde nicht eine wegen derselben Angelegenheit gegen mich eingeleitete Kriminal-Untersuchung, bei der sämmtliche Stadt-Verordneten vernommen worden sind, ohne Erfolg haben beigelegt werden müssen. Die Verwarnung des Regierungs-Präsidenten Schrader ist deshalb ungerecht. Aber es ist neuerdings bei uns Gebrauch geworden, daß Recht und Gesetz zur Carrikatur werden. Und in allen diesen Maßnahmen ist, wie der Herr Minister des Innern selbst ausgesprochen hat, System, System um die Städteordnung, die Gemeindefreiheit zu vernichten. Aber das wird nicht gelingen, das Volk wird seine Rechte vertheidigen. Das ist Ihr Fluch (gegen den Ministertisch gewendet), daß Sie wie Sysiphus vergebens ankämpften gegen den Geist des Volkes. Sie haben auf Ihr Banner das furchtbare Wort geschrieben: „Nach uns die Sündfluth“! Da bleibt uns nichts anderes übrig, als an die einzige Instanz zu appelliren, welche noch unser Vertrauen hat: an die öffentliche Meinung!

Regierungs-Commissar, Geh. Rath Ribbeck: Ich will dem Vorredner nicht auf das von ihm eingeschlagene Gebiet folgen, sondern mich an den Commissionsbericht halten. Die Petenten haben über den ersten Theil der Regierungsverfügung, welcher den Beschluß der Stadt-Verordneten-Versammlung über den Stadtrath Weller für nichtig erklärt, keine Beschwerde geführt, sondern sie haben nur darüber Beschwerde geführt, daß die Regierung sich das Aufsichtsrecht über die städtischen Behörden anmaße. Es ist Seitens der Regierung schon seit den zwanziger Jahren in demselben Sinne verfahren worden und die gegenwärtige Regierung hat keinen neuen Weg eingeschlagen. Ich bitte über die Commissions-Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Virchow: In dieser Angelegenheit ist zweierlei zu entscheiden. 1) müßte jede Regierung anerkennen, daß solche Rescripte wie das der Regierung zu Königsberg geeignet sind, das Staatswohl zu schädigen, weil sie die Regierung und ihr Verfahren lächerlich machen. Denn einen Beschluß der Stadt-Verordneten-Versammlung, daß der Stadtrath Weller das Vertrauen der Versammlung besitze, Namens der Regierung für nichtig zu erklären, ist doch mindestens lächerlich. Wenn man aber in einer derartigen Erklärung einen Uebergriff in die Rechte der Regierung finden kann, so muß man annehmen, daß die Regierung die Absicht hat, die unbesoldeten Gemeindebeamten zu ihren den volksthümlichen Institutionen entgegenstehenden Bestrebungen zu benutzen.

(Schluß folgt.)

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 5. April.

[Stadtverordneten-Sitzung am 4. April.]

Vorsitzender: Hr. Kaufmann Richard Damme. Vertreter des Magistrats: Hr. Oberbürgermeister Geh. Rath v. Winter, Hr. Bürgermeister Dr. Lintz, Hr. Stadt-Baurath Licht und Hr. Kämmerer Strauß. Anwesend: 52 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und, da sich kein Widerspruch erhebt, angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Kämmerer, J. C. Krüger und Kreißig ernannt. Vor der Tagesordnung verliest der Herr Vorsitzende einen von dem Magistrat eingegangenen Dringlichkeitsantrag, dahin gehend, dem Leihamt einen weiteren Credit bei der Sparkasse im Betrage von 4000 Thlr. zu eröffnen, da wegen der noch fortdauernden Stockung im Handel und wegen Beginnes der Umzugszeit die Anforderungen an das Leihamt noch weitere Mittel in Anspruch nehmen würden. Die Versammlung acceptirt den Antrag. Es beginnt hierauf die Tagesordnung, indem der Herr Vorsitzende anzeigt, daß die Revision des städtischen Leihamts eingegangen. Hierauf theilt er mit, daß ein anonymes Schreiben eingegangen, in welchem der Vorschlag zum Bau einer Brücke über die Weichsel und von Arbeiterwohnungen aus Communalmitteln gemacht wird. Da es Grundsatz der Versammlung ist, anonyme Eingaben unbeachtet zu lassen, so wird der Inhalt des Schreibens nicht mitgetheilt und dasselbe zu den Acten gelegt. Die Versammlung bewilligt hierauf dem hiesigen Gewerbe-Verein den Erlaß der auf seinen Grundstücken bestehenden Realabgaben für das laufende Jahr. Ferner genehmigt sie die Verpachtung des Grundstücks Altschottland Nro. 122, wie die Benutzung der Bruchwiese im Forstbelauf Weichselmünde zur Aufforstung und die Absetzung des bisher für dieselbe gezahlten Pachtzinses vom Etat. Nachdem noch einige Gegenstände der Tagesordnung ihre Erledigung gefunden, wird Hr. Biber zum ersten Stellvertreter des jetzigen Prov.-Landtags-Abgeordneten unserer Stadt, Hrn. Comm.-R. Goldschmidt, gewählt. Hieran schließt sich der Bericht über den Etat des Kinder- und Waisenhauses und an diesen der Bericht über die Kämmerei-Hauptkasse pro 1865. Der folgende Gegenstand der Tagesordnung: „Bauliche Veränderungen des Rathhauses“, der bereits vor acht Tagen eine längere Debatte hervorgerufen, nimmt auch dies Mal wieder den Haupttheil der Sitzung ein. Nachdem der Herr Vorsitzende den Inhalt mit bündigen Worten wiederholt, wie die auf denselben Bezug habenden Magistrats-Anträge vorgelesen, und mitgetheilt hat, daß behufs der Orientirung in der Angelegenheit eine Conferenz von etwa 30 — 40 Stadt-Verordneten am vorigen Freitag stattgefunden, erklärt derselbe die Debatte für eröffnet. Zunächst bittet Hr. Rickert um das Wort, um für den Magistratsantrag zu sprechen. In der Sitzung vor acht Tagen, sagt er, hätten sich von keiner Seite gegen die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des projectirten Umbaues Widersprüche erhoben. Die Widersprüche, welche laut geworden, seien nur aus finanziellem Bedenken entsprungen. Hr. Geh.-Rath Jebens habe ein sehr düsteres Bild der städtischen Finanzlage gemalt, ein Bild, das mit seinen düstern Farben aber keineswegs der Wirklichkeit entspreche. Es sei nöthig, demselben ein freundliches, welches der Wirklichkeit entspreche, entgegenzustellen. Um solches zu entwerfen, macht der Herr Redner verschiedene Zahlenangaben, die aus dem Verwaltungsbericht bekannt sind. Wenn die früheren Verwaltungen, sagt er, gespart hätten, wenn Fonds, wie es der Fall sei, disponibel seien, so brauchten sie auch nicht unbenutzt dazuliegen, sondern müßten für den sich als nothwendig und nützlich darthuenden Zweck verwendet werden. Der innere Umbau des Rathhauses sei nach Allem, was bis jetzt bekannt geworden, nothwendig und die Einrichtung der Wasserheizung nützlich. Nachrichten aus Berlin bestätigten, daß überall, wo man dieselbe angelegt, sie sich sehr vortheilhaft erwiesen habe. Das würde auch hier der Fall sein. Die Ofenheizung im Rathhause koste eine bedeutende Summe — des Jahres etwa 1000 bis 1200 Thlr. Die Wasserheizung würde nur einen jährlichen Kostenaufwand von 300 bis 400 Thlr. verursachen. Wenn von den Gegnern der Magistratsanlage behauptet würde, die Anlagekosten würden so hoch gehen, daß die Zinsen derselben die Kosten für die Ofenheizung übersteigen würden; so fehle dieser Behauptung jede Begründung. Ebenso fehle jeder Halt für die Behauptung, daß sich die Kosten des Umbaues in Verbindung mit denen der Einrichtung der Wasserleitung auf 50,000 Thlr. belaufen würden. Der Plan sei mit großer Sorgfalt von den Bautechnikern ausgearbeitet, und man müsse das Vertrauen zu ihnen haben, daß sie ihre Angaben nicht willkürlich gemacht. Willkürlich sei die Annahme, daß die Baukosten sich auf 50,000 Thlr. belaufen würden. Man könne ebensogut sagen, sie würden sich auf 100,000 Thlr. belaufen. Der Herr Redner empfiehlt

schließlich die Annahme der Magistratsanträge. Hierauf ergreift Herr Jebens das Wort. Er habe, sagt er, nicht die Absicht gehabt, das Wort noch einmal in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Der Herr Vorredner habe ihn aber provocirt. Die finanzielle Lage unserer Commune sei nicht so günstig wie der Herr Vorredner zu behaupten gesucht. Was er Ersparungen genannt, das seien Ueberhebungen. Vor einiger Zeit habe Herr Dr. Liévin den Antrag gestellt, die Communalsteuer zu erniedrigen: ein Beweis dafür, daß es denn doch auch in den Intentionen desselben gelegen bei Ausgaben in den Angelegenheiten der Commune Sparsamkeit zu üben. Wäre diese nicht durch die finanzielle Lage dringend geboten; so wüder er, Redner, nichts gegen die Ausführung des Projects haben. Wir hätten aber noch viel dringende Sachen auszuführen. Erst wenn die Pflichten, welche man bereits übernommen, erfüllt seien: dann könne man neue auf sich laden. Herr Rompeltien macht den Vorschlag und beantragt, die Einrichtung der Wasserheizung einem Mindestfordernden zu übertragen. Herr Gibsone, der hierauf das Wort ergreift, stimmt Herrn Jebens bei. Man möge erwägen, was für Verpflichtungen an Geldleistungen die Commune auf sich habe. Wahrscheinlich würde sie in diesem Jahre auch noch die Summe zahlen müssen, welche sie zum Bau der Eisenbahn nach Neufahrwasser beizusteuern habe. Man möge sich den guten Landwirth zum Vorbild nehmen, der erst seine Nutzungsgebäude herstelle, ehe er an den Bau des Wohnhauses gehe. Ein Arbeits- und Empfangszimmer für den Herrn Oberbürgermeister lasse sich sehr wohl in den Räumen des Rathhauses herstellen, da ein Drittel derselben leer stehe. Es könne z. B. da hergestellt werden, wo sich jetzt die Sparkasse befindet. Diese sei leicht nach einem andern Raum zu verlegen. Wünschenswerth sei es allerdings, daß nicht nur dem Herrn Oberbürgermeister, sondern auch dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Kämmerer für ihre Arbeiten im Rathhause bequeme Zimmer geschaffen würden. Wo aber die Mittel nicht ausreichten, da müsse mancher Wunsch schweigen. Daß übrigens der Herr Stadtkämmerer in seinem jetzigen Arbeitszimmer zu sehr gestört und beläftigt werde, sei nicht gut anzunehmen. Denn er habe bis jetzt in demselben die vortrefflichsten Arbeiten zu Stande gebracht, und würde auch wohl ferner noch aus demselben solche liefern. Der Herr Redner bringt hierauf folgenden Antrag ein: „Die Versammlung beschließt: 1) in Anbetracht der vielen nothwendigen Bauten, welche in nächster Zeit auszuführen sind, wird der Ausbau des Rathhauses und die Einrichtung der Warmwasserheizung für jetzt abgelehnt; 2) die Baudeputation wird ersucht, Vorschläge zu machen, wie dem Uebelstande abzuhelfen ist, daß der Herr Oberbürgermeister kein Arbeitszimmer hat."

Es ergreift hierauf Herr Liévin das Wort. Es sei, sagt er, von Herrn Geh. Jebens provocirt worden; er müsse eine Thatsache berichtigen; er habe nämlich nicht, wie Hr. Geh. Rath Jebens gesagt, einen Antrag auf Verminderung der Communalsteuer gestellt; sein Antrag sei dahin gegangen, nur eine Rate statt zwei Raten zu erheben. Herr Gibsone stelle sich auf den Standpunkt des Herrn Jebens, um die Magistratsanträge mit finanziellen Gründen zu bekämpfen. Diese Gründe seien aber nicht zureichend. Die Stadt habe allerdings noch sehr wichtige Ausgaben zu machen. Indessen würden die zu den beabsichtigten baulichen Veränderungen in dem Rathhause nöthigen Ausgaben aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können. Herr Gibsone habe auf die bevorstehende Ausgabe für die Eisenbahn nach Neufahrwasser verwiesen. Diese Ausgabe gehöre nicht hierher; sie stehe auf einem ganz andern Brette. Schon ehe von der Eisenbahn nach Neufahrwasser die Rede gewesen, habe man daran gedacht, das Rathhaus zu erweitern. Das Bedürfniß nach dieser Erweiterung sei schon ein altes. Der jetzt zu dem Umbau vorgelegte Plan sei ein so zweckmäßiger, daß man sich nur freuen könne, früher nicht auf einen andern eingegangen zu sein. Es handle sich bei demselben um eine vollständige Centralisation aller Dienstgeschäfte im Rathhause und nicht etwa, wie Herr Gibsone anzunehmen scheine, nur um ein Arbeits- und Empfangszimmer für den Herrn Oberbürgermeister. Die Herstellung dieses Zimmers sei allerdings auch nothwendig, aber der Hauptzweck des ganzen Planes liege in dem, was sich in räumlicher Beziehung für den Verwaltungsorganismus als nothwendig erweise. Es handle sich noch um die Frage, ob Wasserheizung hergestellt werden solle und ob sich dieselbe bereits als zweckmäßig bewährt habe. In England sei dieselbe eine sehr verbreitete Einrichtung. Die Engländer seien practische Leute; es würde bei ihnen deßhalb nicht eine Einrichtung weit verbreitet sein, wenn die Erfahrung nicht die Zweckmäßigkeit derselben dargethan. Die concentrirte Form unsers Rathhauses sei für die Einrichtung einer Wasserheizung besonders zweckmäßig, und es liege nichts vor, was wesentlich gegen dieselbe spräche. Indessen sei bis zur Evidenz dargethan, daß die vom Magistrat gestellten Anträge auf Nothwendigkeit und Nützlichkeit beruhten. In Allem, was nothwendig und nützlich sei, liege ein Zwang. Führe man jetzt den vorgelegten Plan nicht aus; so würde die Ausführung desselben den Nachkommen anheim fallen. Der Umbau dürfe von der Einrichtung der Wasserheizung nicht getrennt werden, weil wenn dieselben Hand in Hand gingen, eine bedeutende Ersparniß möglich sei. — Für die Einrichtung der Wasserheizung spreche auch noch ein Grund, den man bis jetzt noch nicht angeführt. Als man nämlich vor Kurzem die Mauern des Rathhauses untersucht, habe man gefunden, daß dieselben sich nicht in einem so guten Zustande befunden, wie man geglaubt. Es würde mit Gefahr verbunden sein, wenn man durch sie neue Rauchröhren legte, welche die Ofenheizung erfordern würde. — (Schluß folgt.)

---

†† In der gestrigen Sitzung der Stadt-Verordneten wurde Herr Apotheker Körner bis ult. 65 mit 47 von 52 Stimmen, Herr Geh.-Rath Hoene bis ult 68 mit 33 von 52 Stimmen und Herr Kaufmann Eduard Stobbe mt 30 von 52 Stimmen zu Stadt-Räthen gewählt.

+ Laut Nachrichten vom 31. v. M. ankerten S. M. Briggs „Rover" und „Musquito" noch vor Malta, da die Absicht nach der Heimath zurückzukehren der fortwährend aus Westen wehenden starken Winde wegen nicht hat verwirklicht werden können. Vor Malta ankern aus gleicher Widerwärtigkeit eine große Menge Schiffe aller Nationen. An Bord ist alles wohl.

+ Heute Vormittag hat sich der Dampfer „Oliva" durch das Eis der Weichsel nach Neufahrwasser durchgearbeitet.

+ Ein Freiheitskämpfer aus der glorreichen Zeit von 1813 — 15 ist heute wiederum zu seinen Vätern und Kameraden versammelt. Es ist dies der ehemalige Kommandeur des 2. Bataillons 3. Ostpr. Gren.-Regts. No. 4 pensionirte Oberstlieutenant v. Müllenheim, Senior des eisernen Kreuzes und Ritter vieler anderen Orden, welcher seinen Ruhesitz in Kl. Hammer hatte. Der Verstorbene hinterläßt zwar keine Kinder, doch zahlreiche Verwandte und Freunde, welche den würdigen 83 jährigen Greis wegen seiner Treue und unerschütterlichen Hingebung für das Königshaus und seiner persönlichen Leutseligkeit besonders hoch achteten. Sanft, wie das Hinübergehen seines Geistes in's Jenseits, ruhe seine Asche hier in kühler Erde."

†† In der gestern stattgehabten Abiturienten-Prüfung der hiesigen Handels-Akademie haben 17 Examinanden das Zeugniß der Reife erhalten

** Der Umbau resp. Neubau der großen Orgel in Oliva ist nun durch Hrn. Orgelbaumeister Kaltschmidt beendet und wird die Revision und Abnahme des großartigen Prachtwerkes in den nächsten Tagen stattfinden, so daß am ersten Ostertage die Orgel zum Gottesdienste gebraucht werden kann.

†† Der Lehrer-Verein hält heute eine Conferenz im Gewerbehause.

†† Morgen wird Herr Dr. Kirchner im Gewerbe-Verein einen Vortrag halten.

†† Für die zweite am 24. d. Monats beginnende Schwurgerichtsperiode des hiesigen Stadt- und Kreis-Gerichts sollen bereits über 15 Anklagen vorliegen.

‡ Der 1. und 2. Matrosen-Kompagnie der hiesigen Marine-Besatzung sind in letzterer Zeit mehrere Montirungsstücke entwendet worden.

‡ Dem Stadt- und Kreis-Gerichts-Kastellan Grabowski sind am 3. d. M. Vormittags mehrere Betten von dem Boden seiner Wohnung entwendet worden.

‡ Der in neuerer Zeit zwei Mal wegen Diebstahls bestrafte und am 3. d. M. aus der Strafhaft entlassene Bäckerlehrling Hohmann, hat am Tage seiner Entlassung gleich wieder einen Diebstahl verübt. Er fand sich nämlich am 3. d. Mts. Abends bei dem hiesigen Bäckermeister Renk mit der Bitte um Engagement als Lehrling ein und legitimirte sich dabei durch einen gefälschten Entlassungsschein. Als Hohmann in der Bäckerei nun auf einige Minuten ohne Aufsicht gelassen wurde, stahl er aus den Kleidern eines Gesellen ein Portemonnaie mit 1 Thlr. 10 Sgr., einen goldenen Siegelring und ein Medaillon.

‡ Trotz der sehr geringen Stärke des Weichseleises und der damit verbundenen Gefahr für die Passage auf demselben, wagte es der Arbeiter Reinkowski vorgestern Mittags sich auf die Eisdecke des Hafens zu Neufahrwasser zu begeben, um, wie es den Anschein hatte, von einem in der Nähe liegenden Schiffe, welches des Kupferbodens entledigt wurde, Kupferstücke loszureißen und sich anzueignen. Als Reinkowski eine kleine Strecke gegangen war, brach er durch und ertrank. Er wurde erst nach einer halben Stunde als Leiche aus dem Wasser gefischt.

†† Am 31. Octbr. v. J. wurde die unverehelichte Louise Janulewicz aus Oxhöft wegen Tödtung ihres 11 Wochen alten Kindes durch das Erkenntniß des hiesigen Schwurgerichts zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurtheilt. Dies Erkenntniß ist nunmehr von Sr. Majestät, dem König, bestätigt worden.

†† Die Pfahlbrücke vom Kopfe der Westmole bis zur Winkelbank soll neu gebaut werden.

Graudenz, 3. April. Die Weichsel treibt in diesem Jahre ein neckisches Spiel mit ihrem Eisaufgang. Während wir Sonnabend frei Wasser zur Ueberfahrt hatten, legte sich nach mehrstündigem schwachen Eisgang gestern eine mächtige Scholle vor die hiesige Trajektstelle, so daß unternehmende Leute wieder für mehrere Stunden Fußpassage hatten. Gegen Abend schob sich die Scholle einige hundert Schritt und heute haben wir wieder frei Wasser. Die Hauptmasse des Eises wird noch erwartet.

Gumbinnen, 27. März. [Religiöser Wahnsinn.] In keiner anderen Gegend unserer Provinz ist das Conventikel-Unwesen so ausgebreitet und festgewurzelt, als in unserem Kreise und insbesondere in denjenigen Dörfern, die in der Nähe der Stadt liegen. Religiöser Wahnsinn kommt keineswegs in seltenen Fällen vor. Vor einigen Tagen zeigte sich bei einer Bauersfrau in Kulligkehmen, die seit Jahren die Betstunden in der Stadt sowohl als auf den Dörfern fast täglich besucht hat, der Ausbruch des vollsten Wahnsinnes, sie glaubte mit dem heiligen Geiste zu verkehren, und als sie eines Tages den Ofen heizte, blies ihr der heilige Geist aus dem Ofen so stark entgegen, daß die brennenden Holzstücke aus dem Ofen auf den Fußboden geworfen wurden. — Glüklicherweise kam ihr Mann dazu, als das brennende Holz noch dalag, und verhütete den Ausbruch einer Feuersbrunst. — Der diese Frau behandelnde Arzt hat sie für unbedingt religiöswahnsinnig erklärt und ihren Mann veranlaßt, sie nach der Irrenheilanstalt in Allenberg zu bringen. — Weniger eclatante Fälle religiösen Wahnsinnes sind auch in anderen Dörfern, namentlich in Narpgallen vorgekommen, wo die Frau eines Kämmerers, so oft ihrer Behauptung nach der heilige Geist über sie kommt — tagelang ihre Wirthschaft vernachlässigt und nicht einmal für ihren Mann und ihre Kinder das Essen besorgt. — Ein Schuhmacher W. in dem Dorfe S. reist fast ununterbrochen in der Gegend umher und hält zu allen Tageszeiten sehr oft währeng der Mittagszeit Betstunden, zu denen sich jedoch fast nur Frauen einfinden, die bekanntlich viel leichter für religiöse Ueberspanntheit empfänglich sind, als Männer. In wie weit diese Erscheinungen das Vorhandensein einer gemeingefährlichen ansteckenden Krankheit documentiren und deshalb das Einschreiten der Medizinal-Beamten erfordern — dürfte denn doch wohl bald Gegenstand der ernstlichsten Erwägung dieser Beamten werden müssen. (Pr.-L. Ztg.)

Stadt-Theater.

Vorgestern fand eine Benefiz-Vorstellung für Frl. Lüdt statt, welche Hr. Theod. Formes und Frl. Schneider durch Gesangsvorträge illustrirten. Zur Aufführung kamen ein neues einactiges Lustspiel von W. Müller, betitelt: „Sie hat ihr Herz entdeckt" und das bekannte dreiactige Lustspiel von Dr. Lederer in Dresden: „Die weiblichen Studenten" Das erstgenannte Stück hat hübsche lyrische Momente, verfolgt auch die höheren Zwecke der Schauspielkunst und deutet überhaupt auf ein poetisches sinniges Gemüth des Herrn Verfassers, aber es leidet an dem großen Fehler, daß es sich aus der bescheidenen Sphäre des Idylls nicht zur dramatischen Kraft und Wirkung erhebt. Die Idee, welche dem Herrn Verfasser vorgeschwebt, würde sich vielleicht in einer Erzählung sehr gut haben verwerthen lassen; aber die dramatische Behandlung derselben ist ihm völlig mißlungen. Das Mißlingen war schon durch den Umstand begründet, daß er es unterlassen, die Vorgänge irgendwie auf psychologische Weise glaubwürdig zu machen. Die Darsteller Hr. Grauert, Frl. Lüdt, Frau Reithmeyer, Hr. Schönleiter und Hr. Bergmann spielten ihre Rollen so gut, wie es ihnen die Anlage und der Inhalt derselben gestatteten. — Das Lederersche Lustspiel, welches einen fließenden und geistvollen Dialog hat, gelangte durch eine fleißige und sorgsame Darstellung zu einer recht erheiternden Wirkung. Die Beneficiantin spielte die Rolle der Helma sehr gewandt und interessant. Hr. Jürgan gab den Gustav von Darvil mit dramatischer Verve und dem besten Erfolg. Außerordentlich überrascht hat uns die Leistung des Frl. Heims in der Rolle der Ida durch die Fortschritte, welche die Kunstnovize in kurzer Zeit gemacht. Wenn sie so fortfährt, steht ihr bei ihrer ansprechenden Persönlichkeit gewiß eine schöne Zukunft auf dem Gebiete der Kunst bevor. — Die andern Rollen des Stückes wurden gleichfalls wacker gegeben. Schließlich bemerken wir, daß es der beliebten Beneficiantin nicht an den üblichen Auszeichnungen an ihrem Ehrenabende fehlte.

** Das vorgestrige Benefiz für Frl. Lüdt bot noch einige musikalische Genüsse, indem Fräul. Schneider und Herr Theodor Formes in den Zwischenacten einige Gesangseinlagen ausführten. Im ersten Zwischenact sang Herr Th. Formes die schöne Arie aus der Schöpfung „Mit Würd' und Hoheit angethan", im zweiten Frl. Schneider und Herr Formes ein Duo von Grell „Lorbeer und Rose" und im dritten Herr Formes zwei Schubert'sche Lieder „Am Meer" und „Der Neugierige". Die liebenswürdige Gefälligkeit mit der beide Künstler den Ehrenabend ihrer Collegin durch so ausgezeichnete gesangliche Leistungen schmückten, fand denn auch beim Publikum die bereitwilligste Anerkennung. Die Begleitung hatte Herr Skraup auf einem von Herrn Hugo Siegel hierselbst freundlichst hergeliehenen Concertflügel übernommen. Das Instrument zeigte sich von sehr schönem Klange, Leichtigkeit in der Ansprache und bedeutender Kraft, welch letzter Umstand namentlich in den, dem Flügel nicht sehr günstigen Räumen des Theaters auf das Instrument ein sehr vortheilhaftes Licht wirft.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Eine schwere Körperverletzung.] Fast jede Sitzung des hiesigen Criminal-Gerichts liefert einen Beweis für die Brutalität, welche unter einem gewissen Theile der hiesigen Arbeiter herrscht. Daß die Leute bei der geringsten Streitigkeit, welche zwischen ihnen entsteht, Messer, Aexte, Beile und andere lebensgefährliche Instrumente gegen einander erheben und sich verwunden, gehört nicht zu den Seltenheiten. Unmöglich könnte eine solche Brutalität vorhanden sein, wenn die Leute durch einen guten Volksunterricht in ihrer Jugend diejenige sittliche Bildung erhalten hätten, ohne welche das gesellschaftliche Leben in der civilisirten Welt stets von großen Gefahren bedroht ist. Was soll man sagen, wenn ein Mensch sich von einem andern durch eine Aeußerung, die mehr einen Scherz als einer geringfügigen Beleidigung ähnlich sieht, in dem Maße echauffirt fühlt, daß er sofort die Axt ergreift, um ihn todt zu schlagen!? Die Arbeiter Ruth und Neumann, welche auf einem hiesigen Holzfelde beschäftigt waren, geriethen am 3. Januar d. J. wegen einer Kleinigkeit in einen Wortstreit. Ruth reichte während desselben seinem Gegner die Hand mit den Worten: Adieu! ich werde mich entfernen, denn Du bist kein ordentlicher Kerl! Dann lief er zu seinem in der Nähe

liegenden Arbeitsgeschirr, ergriff eine Axt und wendete sich mit derselben gegen Neumann, um ihm einen Hieb gegen den Kopf zu versetzen. Neumann wich, als der gefährliche Schlag so unvermuthet auf ihn geführt wurde, schnell zurück, so daß er ihn nicht gegen den Kopf, sondern gegen den Arm erhielt, wodurch eine Strecksehne zerstört wurde. Der Geschlagene hat in Folge dessen drei Monate lang im Lazareth zubringen müssen und ist auch noch heute arbeitsunfähig. Ruth wurde wegen dieser seinem Kameraden zugefügten schweren Körperverletzung zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr verurtheilt.

Vermischtes.

*** Ein scherzhaftes Eisenbahn-Unglück meldet die „New-Yorker Handelszeitung" vom 18. März: „In einem Schlafwagen der Erie-Eisenbahn wurde einer sehr fashionablen New-Yorker Dame ihr falsches Gebiß, das mehre Hundert Dollars gekostet hatte, aus dem Munde gestohlen. Nach der einen Angabe soll der Dieb die Bestohlene zuvor mit Chloroform betäubt, nach einer andern die Lady dem Spiritualismus gehuldigt haben. Die Polizei fand das Gebiß in einem New-Yorker Pfandhause wieder, wo es versetzt war." (Wohl eine richtige amerikanische Ente?)

Neueste Telegraphische Depeschen.

[Weichsel-Berichte.] Warschau, 5. April. Weichsel hier 13 Fuß; steigt noch; Eisgang bedeutend.

Podgorze, 5. April. Das Eis ist regelmäßig abgegangen. Stockungen keine. Die Weichsel und Seitenflüsse vom Eise ganz frei; Wasser im Steigen.

Dirschau, 5. April, Mittags 1 Uhr. Eisdecke oberhalb der Brücke zusammengeschoben. Wasserstand 13 Fuß 1 Zoll.

Meteorologische Beobachtungen.

4	4	340,14	5,4	NO. flau, bewölkt.
5	8	340,30	2,9	S. mäßig, do.
	12	339,80	8,6	do. meistens bewölkt.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 5. April.

Weizen, 140 Last, 130, 130.31pfd. alt fl. 435; 131.32pfd. frisch. fl. 417½; 127.28pfd. fl. 390, 400; 130.31pfd. blausp. fl. 387½, Alles pr. 85pfd.
Roggen, 120.21pfd fl. 231; 127pfd. fl. 246 pr. 81⅚pfd.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Servis-Vergütigung pro I. Quartal d. J. wird am
Donnerstag, den 6.,
Freitag, den 7.,
Montag, den 10. und
Dienstag, den 11. d. Mts.,
Vormittags von 9 bis 1 Uhr, auf unserer **Kämmerei-Kasse** stattfinden, wovon die Betheiligten hiermit in Kenntniß gesetzt werden.

Danzig, den 31. März 1865.
Magistrat.
Servis- und Einquartirungs-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Einführung der allgemeinen Staats-, Grund- und Gebäudesteuer hat eine Reform der städtischen Realabgaben und der Miethssteuer nöthig gemacht.

Die Aenderungen, die in dieser Beziehung eintreten werden, bestehen darin, daß vom 1. April c. ab:

a. die bisherigen Realabgaben (bestehend aus der städtischen Grundsteuer, dem Ausgleichungs-Servis, dem Wach-, Müll- und Laternengeld und dem Speicherwärtergeld) ganz außer Erhebung gesetzt und statt derselben 50% zu der allgemeinen Staats-, Grund- und Gebäudesteuer als Communalsteuer-Zuschlag erhoben werden, und

b. die bisherige Miethssteuer à 4% des Miethswerths fortfallen und statt derselben eine allgemeine Wohnungssteuer à 2½% des Wohnungs- und Nutzungswerths eingeführt werden soll.

Mit der Erhebung des ad. a. gedachten Communal-Steuer-Zuschlages wird vom 1. April d. J. ab sowohl in der Stadt, als auch in den Vorstädten in der Weise vorgegangen werden, daß dieser Zuschlag gleichzeitig mit der Staats-, Grund- und Gebäude-Steuer durch die Einsammler gegen Aushändigung von Kassen-Quittungen abgeholt wird.

Die Abholung erfolgt monatlich; wenn aber einzelne Steuerpflichtige die vierteljährliche Zahlung wünschen, und dies der Real-Abgaben-Receptur schriftlich anzeigen, soll bei ihnen die Abholung vierteljährlich erfolgen.

In Betreff der allgemeinen Wohnungssteuer, zu deren Einführung die Genehmigung der Königlichen Regierung nachgesucht worden ist und zu erwarten steht, wird zunächst mit der Veranlagung für das Semester vom 1. April bis 1. October d. J. vorgegangen werden.

Es wird zu diesem Zwecke in den ersten Tagen des Monats April c. sowohl in der Stadt, als auch in den Vorstädten jedem Hauseigenthümer oder dem Stellvertreter desselben ein Declarations-Formular und zwar ein besonderes für jedes eine eigene Servis-Nummer führende Grundstück zur Ausfüllung vorgelegt und nach Verlauf von 3 Tagen wieder abgeholt werden.

Indem wir wegen der Ausfüllung des qu. Formulars auf die auf der Rückseite desselben abgedruckten Bestimmungen aufmerksam machen, lassen wir an die Hauseigenthümer resp. an deren Stellvertreter und Vice-Wirthe hierdurch im Allgemeinen noch die Aufforderung ergehen, diese Formulare gewissenhaft in der festgestellten Frist von 3 Tagen auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten.

Danzig, den 27. März 1865.
Der Magistrat.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.